

Pressemitteilung

EU Parlament stimmt für weitgehende Möglichkeit, Gentechnik-Anbau national zu verbieten

Voller Erfolg von über 66.000 Briefen an die Abgeordneten

Berlin / Strassbourg, 5. Juli 2011 Mit grosser Mehrheit hat das Europäische Parlament heute eine rechtssichere und umfassende Regelung für ein Verbot des Anbaus von gentechnisch veränderten Organismen durch einzelne Mitgliedsstaaten der EU verabschiedet.

„Ein wichtiger Schritt voran und ein guter Tag für die Demokratie in Europa“, sagte Benedikt Haerlin von Save Our Seeds, „dem Rat der Minister und insbesondere der Bundesregierung bleiben nun keine glaubhaften Argumente mehr, sich dieser Regelung zu verweigern. Wir hoffen, die polnische Regierung, die soeben die Ratspräsidentschaft übernommen hat, wird die Verhandlungen nun zügig zu einen guten Ende bringen.“

Angenommen haben die Europaabgeordneten wesentliche Änderungsvorschläge der liberalen Abgeordneten Corinne Lepage zu dem ursprünglichen Vorschlag der Europäischen Kommission. Dazu gehören vor allem die Änderung der Rechtsgrundlage: Der Anbau von GVOs soll künftig auf Grundlage der Umweltgesetzgebung der EU und nicht mehr der Binnenmarktgesetzgebung erfolgen. Eine detaillierte Liste der möglichen Verbotsgründe schließt sowohl Umweltrisiken als auch schädliche volkswirtschaftliche Folgen (sozioökonomische Gründe) eines GVO-Anbaus mit ein. Zudem fordert das Parlament die Kommission und den Rat auf, sich für verbindliche Koexistenz- und Haftungsregeln beim GVO-Anbau einzusetzen und die überfällige Reform des zentralen europäischen Zulassungsverfahrens voranzutreiben.

„Unsere Schreiben an die Mitglieder des Europäischen Parlaments haben ihre Wirkung getan“, freute sich Astrid Golz vom Aktionsnetzwerk Campact. Über 66.000 Bürgerinnen und Bürger hatten in den vergangenen fünf Tagen bei einer gemeinsamen Aktion von Campact, Save Our Seeds, der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, dem Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft und anderen an die Europaabgeordneten appelliert, dem Lepage-Bericht ohne Abstriche zuzustimmen. Denn noch vor einer Woche hatten namentlich die Christdemokraten und die FDP eine deutliche Verwässerung des Vorschlages zur Bedingung für ihre Zustimmung gemacht.

Wenn der Vorschlag des Parlamentes jetzt in die Tat umgesetzt wird, bedeutet dies vor allen Dingen, dass künftig jede Regierung in Europa selbst für einen möglichen Anbau von Gentechnik in ihrem Lande gerade stehen muss und die Verantwortung nicht mehr auf Brüssel schieben kann. Wenn sie den Anbau auf ihrem Territorium nicht untersagt, muss sie dies gegenüber ihren Wählerinnen und Wählern unmittelbar vertreten.

Der heute verabschiedete Vorschlag des Parlaments sieht vor, dass Mitgliedsstaaten die zunächst zentral von der EU erteilte Zulassung des Anbaus von GVOs für ihr jeweiliges Hoheitsgebiet ganz oder teilweise ausser Kraft setzen können. Bisher ist dies nur eingeschränkt und zeitlich begrenzt unter Berufung auf „neue wissenschaftliche Erkenntnisse“ über Gefahren für Gesundheit und Umwelt möglich.

Bevor das Gesetz in Kraft treten kann, müssen sich allerdings das Parlament und der Ministerrat der Regierungen darüber einigen. Im Ministerrat hatten einige Regierungen rechtliche Bedenken gegen den Vorschlag vorgebracht, andere wollten grundsätzlich keine nationalen Regelungen zulassen. Die Gentechnik-Industrie war gegen den Lepage-Bericht Sturm gelaufen, weil sie befürchtet, dass er das endgültige Ende der Agro-Gentechnik in Europa einläuten könnte.

Kontakt:

Astrid Golz, Campact, mobil 0152 22888799

Benedikt Haerlin, Save Our Seeds, mobil 0173 9997555

Weitere Informationen: www.saveourseeds.org, www.gentechnik-stoppen.de